

CDU-SPENDENAFFÄRE

Verunglückte Selbstanzeige

Auch der frühere CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep unterhielt eine Stiftung bei dem Liechtensteiner Advokaten und Kohl-Freund Herbert Batliner. Dort hatte die Bundes-CDU ihre Stiftung „Norfolk“ platziert. Die Zinserträge der Kiep-Stiftung „Sedula“ tauchten in den Steuererklärungen des Unionspolitikers jahrelang nicht auf; er muss sich deshalb ab dieser Woche vor dem Landgericht Augsburg wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung verantworten. Zum Prozess kommt es wegen einer verunglückten Selbstanzeige Kieps: Nachdem die Augsburger Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit einer Parteispende des Rüstungslobbyisten Karlheinz Schreiber an die CDU auch gegen Kiep ein Ermittlungsverfahren eröffnet hatte, reagierte der mit einer Selbstanzeige – in der offenbar aus Versehen die Stiftung



M. DÄRCHINGER



Kiep, Liechtensteiner Schloss

P. TRUMMER / IMAGE

Sedula erwähnt wurde. Kiep bestreitet schuldhaftes Handeln: Für seine Steuererklärung sei allein sein früherer Steuerberater Horst Weyrauch zuständig gewesen. Er habe 1991 rund 1,8 Millionen Mark an Steuern abgeführt und könne nicht nachprüfen, ob seine Berater alles ordnungsgemäß angegeben hätten. Während in Augsburg die Hinterziehung von nur rund 46 000 Mark Einkommensteuer aus dem Jahre 1991 verhandelt wird, ist in Hessen ein weiteres Verfahren wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung für die Jahre 1992 bis 1997 anhängig. Die Frankfurter Staatsanwaltschaft prüft derzeit, woher die Gelder für die Sedula-Stiftung stammen und wer die Begünstigten sind. Nach Angaben eines Ermittlers soll es sich dabei um einen Millionenbetrag handeln.

ATOMWAFFEN

Abschied von der Bombe

Die Bundeswehr will sich offenbar aus der so genannten nuklearen Teilhabe in der Nato verabschieden und die USA zum Abzug ihrer verbliebenen Atomwaffen bewegen. Die Luftwaffe hält etliche Tornado-Jets des Jagdbomber-Geschwaders



Atombomben-Attrappe am Tornado

33 im rheinland-pfälzischen Büchel als Trägerflugzeuge für amerikanische Nuklearbomben bereit. Die Atomwaffen lagern unter amerikanischem Verschluss, selbst Attrappen dürfen nur unter Aufsicht von US-Soldaten an die deutschen Flugzeuge geklinkt werden. Laut den neuen Plänen zur Bundeswehr-Reform soll das Bücheler Geschwader aber auf den Eurofighter umrüsten, der sich – zumindest nach bisheriger Aussagen der Regierung – nicht als Atombomber eignet. Die Bomben-Lagerung in Büchel wäre damit hinfällig. Reserve-Bunker für amerikanische Nuklearwaffen gibt es auch bei den Tornado-Geschwadern in Memmingen und Nörvenich. Der Memminger Verband soll bis 2003 aufgelöst werden, das Geschwader in Nörvenich steigt ebenfalls auf Eurofighter um.

herigen Aussagen der Regierung – nicht als Atombomber geeignet. Die Bomben-Lagerung in Büchel wäre damit hinfällig. Reserve-Bunker für amerikanische Nuklearwaffen gibt es auch bei den Tornado-Geschwadern in Memmingen und Nörvenich. Der Memminger Verband soll bis 2003 aufgelöst werden, das Geschwader in Nörvenich steigt ebenfalls auf Eurofighter um.

STAATSFINANZEN

Rechnungshof kritisiert Sponsoring

Schwere Mängel und Risiken bei der Finanzierung öffentlicher Aufgaben durch private Zuwendungen wie Sponsoring und Spenden hat der Bundesrechnungshof festgestellt. In einem Prüfbericht für die Bundesministerien des Innern und der Finanzen spricht die Behörde von 80 Millionen Mark Privatgeldern, die 1998 und 1999 nur zu knapp 30 Prozent im Haushalt auftauchen. Die Dunkelziffer der zugeflossenen Mittel sei nicht mehr zu ermitteln. Der Prüfbericht geht davon aus, dass es sich um ein „deutlich größeres Volumen“ handelt. Der Rechnungshof befürchtet, dass die Behörden ihre Objektivitäts- und Neutralitätspflicht gefährden, da die Sponsoren mit der Gewährung von Vorteilen rechnen können: Nur in 37 Prozent der Fälle gab es keine Gegenleistungen. Hauptsächlich wurden die oberen und obersten Bundesbehörden von privaten Sponsoren bedacht, heißt es in dem 43-Seiten-Bericht. Durch die Vielzahl der Sponsoren der Sommerfeste könnte sogar „das Ansehen des Bundespräsidenten“ Johannes Rau beschädigt werden. Jeder Ansehen einer unzulässigen Einflussnahme sei zu vermeiden. „Besonders kritisch im Hinblick auf Privatfinanzierungen sind alle Verwaltungen zu betrachten, die hoheitlich tätig sind“, rügen die Prüfer. Das gelte besonders für Bundesgrenzschutz, Zoll, Justiz und Genehmigungsbehörden. Der Bundesrechnungshof schlägt „den grundsätzlichen Verzicht auf solche Finanzierungsformen“ vor.



Rau auf Sommerfest

M. URBAN